

Anhang IV: Regionalstrategien Brandenburgs

Neben der Berücksichtigung relevanter europäischer und nationaler Ziele und Strategien stützt sich das Programm auf ein starkes Fundament regionaler Politikansätze, um auf dieser Grundlage der erfolgreichen Entwicklung Brandenburgs weitere Impulse verleihen zu können.

Die Landesregierung Brandenburg hat mit zentralen, aufeinander abgestimmten Strategien festgelegt, welche Akzente in der Regionalentwicklung des Landes gesetzt werden sollen. Dabei setzt sie auf die Schwerpunkte Bildung, Wissenschaft und Forschung sowie Wirtschaft. Die wirtschaftspolitische Strategie „Stark für die Zukunft – Kräfte bündeln“, bildet den Rahmen für die drei integrativen wirtschaftspolitischen Strategien, alle wichtigen fachpolitischen und branchenspezifischen Aktionsfelder und Instrumente sowie regional- und strukturpolitisch bedeutsame Projekte. Die integrativen Strategien umfassen die Mittelstandsstrategie, Regionale Innovationsstrategie des Landes Brandenburg innoBB plus sowie Leitbild und Aktionsplan ProIndustrie. Im Rahmen der Arbeits- und Bildungspolitik sind die weiterentwickelte Brandenburgische Fachkräftestrategie und die strategischen Ansätze der Brandenburgischen Arbeitspolitik („Gute Arbeit für alle“, „Sichere Übergänge“) sowie die Zielvorgaben der Landesregierung für eine „Gute Bildung von Anfang an“ maßgeblich. Ziele der Energie-, Klimaschutz- und Umweltpolitik sind in der Energiestrategie des Landes Brandenburg, und in den strategischen Ansätzen des Maßnahmenkataloges zum Klimaschutz und zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels festgeschrieben. Bei der Umsetzung der Strategien gilt auch weiterhin die räumliche Konzentration der Förderpolitik auf Standorte mit wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Potenzialen, den Regionalen Wachstumskernen (RWK) sowie die Berücksichtigung der Eckpunkte der Landesnachhaltigkeitsstrategie.

i. Ziele der Landesregierung Brandenburg

Mit der Koalitionsvereinbarung für die Legislaturperiode 2009 bis 2014 haben die Regierung bildenden Parteien Brandenburgs die Grundlagen und Handlungsfelder für die weitere Entwicklung des Landes festgelegt. Die Politik ist u.a. darauf ausgerichtet, eine dynamische, zunehmend ökologisch ausgerichtete Industrie-, Gewerbe- und Dienstleistungsstruktur zu sichern.

Das vorliegende Operationelle Programm EFRE soll einen sichtbaren Beitrag zur Umsetzung dieser Ziele der Landesregierung leisten.

ii. Strategie der Regionalen Wachstumskerne (RWK)

Die Landesregierung hat 2004 damit begonnen, ihre Förderpolitik regional und sektoral neu auszurichten und zu konzentrieren. Unter dem damaligen Motto „Stärken stärken“ hat die Landesregierung im November 2005 Regionale Wachstumskerne (RWK) bestimmt. Bei den 15 Wachstumskernen handelt es sich um insgesamt 26 Städte und Gemeinden, die über besondere wirtschaftliche bzw. wissenschaftliche Potenziale und über eine Mindesteinwohnerzahl verfügen. Fünf räumlich benachbarte starke Standorte wurden aufgrund bestehender Verflechtungen zusammengefasst. Durch die RWK sollen die Wachstumskräfte gestärkt, Beschäftigung gesichert und die Fördermittel effizienter eingesetzt werden. Die RWK sollen ferner eine Motorfunktion für ihre Region übernehmen

und auf ihr Umland ausstrahlen. Die RWK genießen in entwicklungsrelevanten Förderprogrammen der Landesministerien einen Fördervorteil: Sie werden vorrangig behandelt, in dem der Mitteleinsatz stärker auf diese Standorte konzentriert wurde und wird. In den letzten Jahren wurde die Arbeit in den RWK qualitativ weiterentwickelt. Dazu zählt insbesondere eine noch stärkere strategische Ausrichtung auf prioritäre Vorhaben und die Umsetzung wichtiger Schwerpunktthemen, darunter vor allem Fachkräftesicherung, Wissens- und Technologietransfer sowie Umlandkooperation.

Basierend auf Analysen der Wirtschaftsstruktur wurden außerdem Branchenkompetenzfelder ermittelt, die sich dynamisch entwickelt haben und Wachstumspotenziale für die Zukunft aufweisen. Diese wurden im Rahmen der Regionalen Innovationsstrategie innoBB plus, die auch die gemeinsame Innovationsstrategie Berlin-Brandenburg (innoBB) umfasst, weiterentwickelt.

iii. Clusterstrategie und Regionalisierung

Im Jahr 2011 haben die Bundesländer Berlin und Brandenburg eine **gemeinsame Innovationsstrategie (innoBB)** verabschiedet. Die setzt Ziele und Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche und aktive Gestaltung der Innovationspolitik beider Länder, um die Innovationspotenziale und Synergien innerhalb der Gesamtregion in den nächsten Jahren effizient auszuschöpfen. Folgende Leitlinien wurden für die gemeinsame Arbeit in den nächsten definiert:

- Innovationsfähigkeit der Hauptstadtregion sichern
- Dialog zwischen Wirtschaft und Wissenschaft in den Mittelpunkt rücken
- Standortprofil durch Bündelung themenbezogener Kompetenzen schärfen
- Internationale Wettbewerbsfähigkeit gewährleisten
- Regions- und standortspezifische Prägungen innerhalb der Hauptstadtregion berücksichtigen
- Nachhaltige Innovationen priorisieren
- Dauerhafte Strukturen schaffen
- Relevante Ressourcen einbeziehen
- Transparenz und Erfolgsmessung sicherstellen

Die zu Beginn des Prozesses der Neuausrichtung der Wirtschaftsförderpolitik identifizierten Branchenkompetenzfelder wurden unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Evaluierung der Wirtschaftsförderpolitik und des Prozesses der Gemeinsamen Innovationsstrategie Berlin-Brandenburg (innoBB) zu gemeinsamen Zukunftsfeldern und im Zuge einer wachstums- und wettbewerbsorientierten Strategie zu leistungsfähigen Clustern weiterentwickelt. Ziel ist es, mit den damit verbundenen Synergieeffekten zusätzliche Wachstums- und Beschäftigungseffekte zu generieren und in den Clustern vorhandenen Strukturen, Netzwerke und Potenziale nach dem Prinzip der wirtschaftspolitischen Strategie des Landes Brandenburg „Stark für die Zukunft - Kräfte bündeln“ im Sinne einer größeren Reichweite wertschöpfungsbezogen zu konzentrieren.

Folgende fünf gemeinsame Cluster wurden für die Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg definiert:

- Energietechnik
- Gesundheitswirtschaft
- IKT, Medien und Kreativwirtschaft

- Optik
- Verkehr, Mobilität und Logistik

Weiter wurden vier Brandenburg-spezifische Cluster identifiziert, die eine große wirtschaftliche Bedeutung für Wertschöpfung und Beschäftigung im Land Brandenburg in der Fläche haben:

- Ernährungswirtschaft
- Kunststoffe/Chemie
- Metall
- Tourismus

Die Cluster werden im Rahmen der **Strategie „Stark für die Zukunft – Kräfte bündeln!“** über alle Politikfelder wirtschaftspolitisch unterstützt. Die Entwicklung der gemeinsamen Cluster Berlin-Brandenburg erfolgte im Rahmen von innoBB. Dazu wurden effiziente Organisationsstrukturen geschaffen. Die Brandenburg-spezifischen Cluster haben den gleichen Stellenwert wie die gemeinsamen Cluster Berlin-Brandenburg. Zusammen mit der Regionalisierung entstand aus der innoBB und den Brandenburg-spezifischen Clustern die Regionale Innovationsstrategie des Landes Brandenburg „innoBB plus“.

Für das Operationelle Programm EFRE stellen die wirtschaftspolitischen Zielsetzungen der Regionalen Innovationsstrategie innoBB plus die maßgebliche Grundlage für die strategische und thematische Ausrichtung sowie die Projektauswahl dar.

iv. Industriepolitische Strategie „ProIndustrie“

Die Landesregierung hat im April 2012 ihre Industriestrategie „ProIndustrie“ verabschiedet. Mit diesen neuen Akzenten einer integrierten Industriepolitik soll ein Beitrag geleistet werden, um Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit im Land Brandenburg zu stärken.

Industriedichte, industrieller Besatz und industrielle Fertigungstiefe sind in vielen Regionen des Landes nach wie vor zu gering und müssen ausgebaut werden. Vor diesem Hintergrund besteht die industriepolitische Herausforderung des Landes darin, die industrielle Basis weiter zu entwickeln und das Land moderner, ökologisch orientierter und international wettbewerbsfähiger zu profilieren. Die Verbesserung der Rahmenbedingungen für industrielle Produktion und Wertschöpfung in Brandenburg sind wichtige Elemente einer aktiven Industriepolitik des Landes - ebenso wie eine noch stärkere nachhaltige und ökologisch ausgerichtete industrielle Erzeugung.

Den Kern der brandenburgischen Industriestrategie bilden fünf zentrale Handlungsfelder mit fünf Leitprojekten und ihren 15 Maßnahmenbereichen. Sie sind hervorgegangen aus einer Stärken-Schwächen-Analyse sowie den identifizierten Zukunfts- und Erfolgsfaktoren. Die fünf Handlungsfelder sind die Bereiche Rahmenbedingungen/Vernetzung, Cluster und Innovation/Internationalisierung und produktbezogene Dienstleistungen/Fachkräfteentwicklung und Qualifizierung sowie Standortkommunikation.

Diese Maßnahmenbereiche berücksichtigen sowohl zukünftige Entwicklungstrends, die sich auf strukturelle Stärken und Schwächen der brandenburgischen Industrie auswirken, als auch Einflussfaktoren, die die Zukunftsfähigkeit und Erfolg der industriellen Entwicklung gewährleisten.

Mit dieser industriepolitischen Strategie hat sich die Landesregierung eine abgestimmte Grundlage als industriepolitisches Handlungsinstrument geschaffen. In der Folge geht es darum, in einem dialogorientierten und partnerschaftlichen Prozess von Politik und Verwaltung mit den Unternehmen sowie den Wirtschafts- und Sozialpartnern die Umsetzung von Leitbild und Aktionsplan erfolgreich zu gestalten. Aus diesem Grund sind eine enge und ressortübergreifende Abstimmung sowie ein mit Kammern, Verbänden, Gewerkschaften und Unternehmensvertretern koordiniertes Vorgehen aller Partner im Prozess erforderlich.

Bei der Umsetzung des Aktionsplans „ProIndustrie“ handelt es sich um einen fortlaufenden Prozess; einen Prozess in mehreren Stufen. Das heißt, in der 1. Stufe sollen zunächst fünf Leitprojekte umgesetzt werden. Parallel zur Umsetzung der 1. Stufe werden zu gegebener Zeit die Leitprojekte der nächsten Stufe wiederum mit den Sozial- und Wirtschaftspartnern abgestimmt und festgelegt.

v. Wirtschaftspolitische Strategie einschließlich Mittelstandsstrategie

Das Land Brandenburg ist stark mittelständisch geprägt. Etwa drei Viertel (77,8 % gegenüber 68,6 % bezogen auf Deutschland gesamt) der Beschäftigten sind in KMU (Unternehmen mit weniger als 250 Beschäftigten) tätig. Die Zukunftsfähigkeit dieser KMU und damit der brandenburgischen Wirtschaft hängt maßgeblich von der Innovationsfähigkeit der Unternehmen und vom Wissen und der Kreativität der Unternehmerinnen und Unternehmer sowie der Beschäftigten ab. Zudem sind diese Unternehmen häufig mit typischen Defiziten konfrontiert wie einer zu niedrigen Eigenkapitalquote, Problemen beim Zugang zum öffentlichen und privaten Kapitalmarkt, mangelnder Exportfähigkeit, geringer Innovationsneigung und Schwierigkeiten bei der Fachkräftegewinnung und -entwicklung sowie bei der Unternehmensnachfolge.

Diesen Befund hat die Landesregierung im Zusammenhang mit der Auszeichnung des Landes Brandenburg als Europäische Unternehmerregion 2011 zum Anlass genommen, eine eigene „**Strategie für die Stärkung von Innovation und Kreativität im Mittelstands (EER-Strategie)**“ zu formulieren. Diese Strategie beinhaltet sieben Politikschwerpunkte mit Maßnahmen für eine noch zielgerichtetere Unterstützung von KMU:

- **Vorfahrt KMU:** Für einen verbesserten Zugang zum öffentlichen und privaten Kapitalmarkt unterstützt das Land Brandenburg Unternehmen durch zinsgünstige Darlehen, Bürgschaften, Zuschüsse und Beteiligungen bei der Gründung, Erweiterung und Übernahme von Unternehmen, aber auch bei der Bewältigung notwendiger Strukturanpassungen, bei der Überwindung von Liquiditätsengpässen und bei der Stärkung der Eigenkapitalbasis. Darüber hinaus sind Maßnahmen zur gezielten Entwicklung der Branchen mit besonderen Wachstumsperspektiven – den sogenannten Branchenkompetenzfeldern – entwickelt worden.
- **Innovation:** Die regionale Innovationspolitik stellt ein Schlüsselement innerhalb der brandenburgischen Wirtschaftsförderung dar. Neben einzelbetrieblichen Maßnahmen werden auch Verbundprojekte oder Maßnahmen zur intensiveren Verzahnung zwischen Wirtschaft und Wissenschaft und zum Technologietransfer gefördert.

- **Ökologische Modernisierung:** ist ein fortlaufender Prozess und betrifft die Bereiche Moderne Energietechnologien (Erneuerbare Energien), Energie- und Materialeffizienz, praktischer Klimaschutz, angewandte Innovationspolitik sowie Veränderungen im Hersteller- und Verbraucherverhalten
- **Internationalisierung:** Unterstützung von KMU bei der Aufnahme oder der Ausweitung von Exportaktivitäten auf europäischen und internationalen Märkten.
- **Förderung von Gründungen:** Im Vordergrund steht weniger die Quantität, sondern der dauerhafte Erfolg von Gründungen, die durch eine qualifizierte Beratung und Begleitung in der Vor- und der Nachgründungsphase sichergestellt werden.
- **Stärkung des Unternehmertums und der Gründungsmotivation:** Dahinter steht das Ziel, mehr Menschen im Land Brandenburg für eine berufliche Selbständigkeit zu interessieren, sei es für die Gründung eines neuen bzw. für die Übernahme eines bestehenden Betriebs oder für eine selbständige freiberufliche Tätigkeit.
- **Fachkräfteentwicklung:** Das Thema Fachkräftesicherung wird im Land Brandenburg schon seit den Jahren 2004/2005 systematisch aufgearbeitet. Dies betrifft sowohl die Diagnose bzw. die Prognose des Fachkräftebedarfs als auch konkrete Maßnahmen zur Fachkräftesicherung.

Das vorliegende Operationelle Programm EFRE soll einen sichtbaren Beitrag zur Umsetzung der „Strategie für die Stärkung von Innovation und Kreativität im Mittelstands“ leisten.

vi. Brandenburgische Fachkräftestrategie und die strategischen Ansätze der Brandenburgischen Arbeitspolitik („Gute Arbeit für alle“, „Sichere Übergänge“)

Das Bündnis für Fachkräftesicherung hat die Brandenburger Fachkräftestrategie Anfang des Jahres 2012 auf Basis der Gemeinsamen Fachkräftestudie aus dem Jahr 2010 weiterentwickelt. Dabei stehen folgende Zielsetzungen im Vordergrund:

- Vermeidung der Gleichzeitigkeit von Arbeitslosigkeit und Fachkräftemangel
- Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit durch lebenslanges Lernen
- Bildungsbegleitung mit transparenten und zuverlässigen Übergängen zwischen Schule und Ausbildung/Studium sowie Ausbildungs-/Studienabschluss und anschließende Beschäftigung
- „Gute Arbeit für alle“ als Ansatz für faire Arbeitsbedingungen
- Vereinbarkeit von Beruf und familiären Pflichten
- Abbau von geschlechtsspezifischen Vorurteilen und Beschäftigungsmustern in der Arbeitswelt und bei der Berufswahl

Zur Umsetzung der Ziele werden drei zentrale Wege vorgeschlagen.

- Kompetenzen, Fähigkeiten und Interessen aller Brandenburger Jugendlichen und Erwachsenen durch ein attraktives Schul- und Hochschulsystem sowie ein modernes Aus- und Weiterbildungssystem besser erschließen (Bilden);
- Wettbewerbsfähige Arbeitsplätze in zukunftssicheren, innovativen Unternehmen sichern und ausbauen (Halten)
- Steigerung der Attraktivität Brandenburgs, um innerhalb und außerhalb von Brandenburg Fachkräfte zu gewinnen (Gewinnen)

vii. Brandenburger Arbeitspolitik

Das Land setzt in seiner Arbeitspolitik auf Maßnahmen, die mehr Qualität, Innovationskraft, Flexibilität und Sicherheit im Beschäftigungssystem und damit die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe fördern. Zugleich wird mit der Arbeitspolitik das Ziel verfolgt, jedem die Möglichkeit zur Teilhabe an Bildung und Erwerbstätigkeit zu geben und somit soziale Ausgrenzung sowie Armut präventiv zu vermeiden. Kernziele dieser Arbeitspolitik des Landes Brandenburg sind die Erhöhung des Bildungs- und Beschäftigungsniveaus, die Stärkung von Flexibilität und Innovationskraft der Brandenburger Wirtschaft durch Gute Arbeit für alle, die Verbesserung individueller Übergangsfähigkeit im Erwerbsleben, die Erhöhung der Beschäftigungschancen von Problemgruppen am Arbeitsmarkt und die Unterstützung beschäftigungspolitischer Projekte.

viii. Energiestrategie des Landes Brandenburg

Zu Beginn des Jahres 2012 wurde mit der Energiestrategie des Landes Brandenburg ein Leitszenario für die Entwicklung der Energiepolitik in Brandenburg bis zum Jahre 2030 entworfen. Kernanliegen der Energiestrategie des Landes Brandenburg sind der weitere Ausbau Erneuerbarer Energien, die Steigerung der Energieeffizienz sowie die drastische Senkung der CO₂-Emissionen. So wird die Reduktion der absoluten CO₂-Emissionen um 72 % (auf 25 Mio. t) gegenüber 1990 bis zum Jahr 2030 als eines der wesentlichen quantitativen Ziele benannt. Die Strategie definiert sieben zentrale Handlungsfelder bis 2030:

- Rahmenbedingungen der Landesenergiepolitik Brandenburg
- Effiziente Energienutzung
- Nachhaltige Erzeugung aus Erneuerbaren Energien
- Effiziente, CO₂-arme konventionelle Erzeugung Forschungsanstrengungen zur stofflichen Verwertung der Braunkohle und zur Verwertung von CO₂
- Intelligente Übertragung, Verteilung und Speicherung
- Beteiligung und Transparenz
- Forschung und Entwicklung

Ziel muss sein, das wissenschaftliche Potenzial des Energiesektors in Brandenburg sowohl für die Umsetzung des Maßnahmenkatalogs der Energiestrategie, als auch zur Weiterentwicklung der gesamten Strategie zu nutzen. Die definierten Ziele fließen mit in das Operationelle Programm EFRE mit ein.

ix. Eckpunkte der Landesnachhaltigkeitsstrategie

Die Landesregierung Brandenburg hat beschlossen, eine Strategie für eine Nachhaltige Entwicklung des Landes Brandenburg aufzustellen. Sie setzt sich für ein lebenswertes, ökonomisch starkes, sozial gerechtes und seine natürlichen Reichtümer schützendes Brandenburg ein. Die Strategie benennt fünf zentrale Handlungsschwerpunkte:

- **Wirtschaft und Arbeit in der Hauptstadtregion:** Für die Metropolregion Berlin-Brandenburg liegt angesichts dieser Herausforderungen eine Chance darin, die Wirtschafts- und Arbeitspolitik noch stärker auf das Leitbild gemeinsamer Nachhaltiger Entwicklung auszurichten und zu verdeutlichen, dass sowohl Brandenburgs biologische Vielfalt als auch die durch seine Ökosysteme erbrachten Leistungen eine der Grundlagen für dauerhaften wirtschaftlichen Wohlstand bilden.
- **Lebensqualität für zukunftsfähige Städte und Dörfer:** Eine zukunftsorientierte Daseinsvorsorge in den ländlichen Regionen Brandenburgs steht weiterhin vor großen Herausforderungen. Durch den Bevölkerungsrückgang und die gleichzeitige Alterung der Bevölkerung, den wirtschaftlichen Strukturwandel, Veränderungen des Klimas und die Auswirkungen der Globalisierung werden neue Konzepte zur Tragfähigkeit und Finanzierbarkeit bestehender Infrastrukturen benötigt. Hierbei kommt der interkommunalen Kooperation innerhalb stadtreionaler Verflechtungszusammenhänge eine große Bedeutung zu. Planungen der Fachpolitiken gehen integrativ mit den Anforderungen von Stadt und Land um.
- **Brandenburg als Vorreiter im Umgang mit Energie und Klimawandel:** Die klimapolitische Zielstellung des Landes bis 2030 kann nur erreicht werden, wenn neben CO₂-Einsparmaßnahmen in der Industrie, im Gewerbe, im Gebäudebereich und im Verkehr die Emission von Klimagasen bei der Verstromung von Braunkohle deutlich reduziert wird.
- **Zukunftsfähige Finanzpolitik:** Schrittweiser Abbau von Subventionen und Nutzung alternativer Instrumente im Bereich der Förderung (Beteiligungen, Mezzanine-Finanzierungen und Bürgschaften)
- **Nachhaltige Entwicklung kommunizieren und eine nachhaltige Bildungslandschaft fördern**

Das Operationelle Programm EFRE Brandenburgs knüpft an den Handlungsschwerpunktt Themen der Nachhaltigkeitsstrategie an. Bei der Projektauswahl und den geplanten Interventionen werden die Ziele der Nachhaltigkeitsstrategie direkt und querschnittsorientiert berücksichtigt.

x. Ansätze des Maßnahmenkataloges zum Klimaschutz und zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels

Bei dem landespolitischen Maßnahmenkatalog zum Klimaschutz und zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels stehen die direkten Auswirkungen der Klimaänderungen auf

den Wasserhaushalt, den Bodenschutz und den Hochwasserschutz im Vordergrund. Daneben werden Maßnahmen zur Milderung der Auswirkungen des Klimawandels auf die Pflanzen- und Tierwelt als wichtiges Themenfeld dargestellt. Die damit verbundenen Problemstellungen gehen weit über den „klassischen“ Naturschutz hinaus. Ganze Ökosysteme und deren Biodiversität sind bedroht, da die einzelnen Arten eine unterschiedliche Anpassungsfähigkeit an die sich vollziehenden Veränderungen aufweisen.

Der Klimawandel wird außerdem erhebliche Auswirkungen auf städtische Infrastrukturen, Verkehr und Logistik, Handel, _Handwerk und Industrie, die Finanzwirtschaft, den Tourismus, die Bauwirtschaft und alle Flächenplanungen entfalten. Als der Maßnahmenkatalog 2008 erstellt wurde, konnten die für diese Bereiche zuständigen Ministerien noch keine Maßnahmen in den Katalog einstellen, da noch Forschungsergebnisse abgewartet werden mussten.

xi. Landesentwicklungsplan Berlin-Brandenburg

Die im Landesentwicklungsplan B-B festgeschriebenen Grundsätze und Ziele fließen in die Formulierung der Strategie und Zielsetzungen des Operationellen Programms EFRE ein.

Der im Jahr 2009 verabschiedete gemeinsame **Landesentwicklungsplan** (LEP B-B) der Bundesländer Berlin und Brandenburg ist das rahmensetzende, integrierende Gesamtkonzept für die räumliche Ordnung und Entwicklung der Hauptstadtregion. Im Rahmen der bundes- und landesrechtlichen Regelungen legt er die Ziele und Grundsätze der Raumordnung für die Landesentwicklung sowie für die Abstimmung und Koordination raumbedeutender Planungen fest. Am Landesentwicklungsplan werden alle räumlichen Planungen, insbesondere die Regionalplanung sowie raumbezogene Förderprogramme ausgerichtet. Die im Landesentwicklungsprogramm und in den Landesentwicklungsplänen festgelegten Grundsätze und Ziele der Raumordnung beziehen sich auf folgende Themen:

- Der LEP B-B soll räumliche Rahmenbedingungen fördern, die für eine **wachstumsstarke Wirtschaftsregion** und für die Schaffung dauerhafter und wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze erforderlich sind. Der Beitrag der Raumordnung richtet sich dabei auf die Passfähigkeit der funktions- und flächenbezogenen raumordnerischen Festlegungen mit den Schwerpunkten der Fachplanungen, darunter auch den Förderschwerpunkten. Der LEP B-B legt keine räumlichen Förderschwerpunkte fest.
- In der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg müssen die räumlichen Voraussetzungen so entwickelt werden, dass die **internationale und nationale Wettbewerbsfähigkeit** gestärkt wird. Die Hauptstadtregion muss ihre metropolitanen und regionalen Potenziale im Zusammenspiel nutzen und die Attraktivität ihrer Infrastruktur weiter entwickeln mit dem Ziel, sich im weltwirtschaftlichen Wettbewerb zu behaupten.
- Der Kern der veränderten Entwicklungsstrategie ist die **Konzentration auf vorhandene leistungsfähige Strukturen** im Raum. Dies erfordert, Prioritäten in der Wirtschaft, Infrastruktur, Bildung, Wissenschaft und beim Technologietransfer zu setzen. Die Förderpolitik hat bereits mit der Fördermittelkonzentration auf die

Kompetenzfelder in Berlin und im Land Brandenburg auf die Regionalen Wachstumskerne und die Branchenschwerpunktorte reagiert. Darüber hinaus werden die ländlichen Räume außerhalb dieser Schwerpunktförderung im Rahmen der landwirtschaftlichen Flächenförderung sowie der Förderpolitik der integrierten ländlichen Entwicklung gestärkt.

- Nach wie vor werden zusätzliche, bisher unbebaute Flächen für die Errichtung von Wohngebäuden, Gewerbeansiedlungen und den Ausbau der Infrastruktur beansprucht. Zum Schutz und zur Entwicklung besonders hochwertiger Freiraumfunktionen wird daher ein **Freiraumverbund** festgelegt.
- **Siedlungsentwicklung:** Der Landesentwicklungsplan sieht in Berlin und den Brandenburger Gemeinden des Berliner Umlandes mit leistungsfähiger Schienenanbindung (Gestaltungsraum Siedlung) sowie in den Zentralen Orten umfassende Spielräume für die künftige Siedlungsentwicklung vor. Der gewerblichen Entwicklung wird im gesamten Planungsraum ausreichend Spielraum gegeben.
- **Kulturlandschaften** werden als Handlungsräume für integrierte Entwicklungsprozesse zwischen Stadt und Land begriffen. Die regionale Akteursebene soll durch den LEP B-B zur eigenverantwortlichen Gestaltung kulturlandschaftlicher Handlungsräume angeregt werden.
- **Energie und Klimaschutz:** Die Gewinnung von Energie ist mit Raumansprüchen verbunden. Braunkohle, Windparks, große Solarparks, Biomasseanlagen, Energiepflanzenkulturen treten in Konkurrenz mit anderen Nutz- und Schutzansprüchen und verändern die Kulturlandschaft. Durch eine räumliche Steuerung und raumverträgliche Gestaltung können Nutzungskonflikte gemindert werden. Das Gemeinsame Raumordnungskonzept Energie und Klima für Berlin und Brandenburg (GRK) greift die räumlichen Herausforderungen auf, die sich angesichts des Klimawandels und der Energiewende in der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg ergeben.
- Zur Sicherung der **übergeordneten Erreichbarkeit** der Metropolregion und der Zentralen Orte werden im LEP B-B transnationale Verkehrskorridore sowie ein Basisnetz großräumiger und überregionaler Verkehrsverbindungen verankert.

Die im Landesentwicklungsplan Berlin-Brandenburg festgeschriebenen Grundsätze und Ziele fließen in die Formulierung der Strategie und Zielsetzungen des Operationellen Programms EFRE ein.

xii. Hochschulentwicklungsplanung 2014 – 2025

Mit der Hochschulentwicklungsplanung 2014 – 2025 legt die Landesregierung ihr Konzept für eine zukunftsfähige, innovative und gestärkte Hochschullandschaft in Brandenburg vor. Dabei werden vor dem Hintergrund u. a. der demographischen Entwicklung, der Studierendennachfrage und des zukünftigen Fachkräftebedarfs insbesondere die Ziele Durchlässigkeit zwischen Beruf und Studium, Komplementarität und Kooperation, Profilbildung, Qualität der Lehre, Sicherung des wissenschaftlichen Nachwuchses, wissenschaftliche Weiterbildung und lebenslanges Lernen, Wissens- und Technologietransfer, Gleichstellung von Frauen und Männern sowie Förderung der Vereinbarkeit von Studium/Beruf und Familie verfolgt.